

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Alrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Haasenklein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 631.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Zeile ober deren Raum, Reclamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

§§ Währung und Zinsfuß.

Wie zusammenhangslos unsere gegenwärtige Wirthschaftspolitik ist, wie durchaus es ihr an der folgerichtigen Durchführung klar erfahrer, leitender Gedanken fehlt, das zeigt sich augenblicklich nur allzu sehr in der Rückwirkung, welche die Suspension der Münzreform auf die für die gesammte Erwerbsthätigkeit so bedeutsame Normirung des marktgängigen Zinsfußes übt. Man hat, sogar auf die Gefahr äußerster Rechtsunsicherheit hin, ein neues Wuchergesetz gemacht, um die Bevölkerung vor der Bedrückung durch hohe Zinsen zu schützen; man hat zu demselben Zwecke den Gedanken eines so tiefen Eingriffes in wirthschaftliche Gewohnheiten, wie es eine Beschränkung der allgemeinen Wechselbarkeit wäre, wenigstens nicht zurückgewiesen; gleichzeitig aber hat man an der Währungsordnung des Landes ein Experiment gewagt, von welchem Sachverständige sofort voraussetzten, es werde den Zinsfuß in bedenklicher Weise beeinflussen. Diese Prophezeiung hat sich in der jüngsten Zeit nur allzu sehr bestätigt: die Reichsbank sah sich genöthigt, binnen zwei Wochen ihren Diskontofuß von 4 auf 5 1/2 pCt. zu steigern, so daß gegenwärtig nur in Rußland der offizielle Zinsfuß höher ist, als bei uns; in allen mittel- und westeuropäischen Kulturländern ist er jetzt niedriger, in einzelnen sogar sehr beträchtlich niedriger.

Der Zusammenhang, welcher zwischen der wiederholten Diskonto-Erhöhung der Reichsbank und der Anfangs vorigen Jahres vom Reichskanzler auf den Rath des Bankpräsidenten v. Dechend angeordneten Unterbrechung der Einziehung und Veräußerung der Silberthaler besteht, wurde bereits an einer anderen Stelle unseres Blattes dargelegt. Die Bank hat einen Metallvorrath, welcher im Verhältniß zu der Menge der umlaufenden Noten mehr als genügend selbst nach der vorsichtigsten Auffassung erscheinen müßte, sofern dieser Vorrath ganz oder doch zum größten Theil aus demjenigen Metall bestände, welches unserer Münzordnung zur Grundlage dient und gegenwärtig im europäischen internationalen Verkehr so gut wie ausschließlich zur Vermittelung von Zahlungen brauchbar ist, aus Gold. In diesem Falle könnte ein Metall-Abfluß, welcher sich in so bescheidenen Dimensionen hält, wie der seit 2-3 Wochen stattfindende, dem Bankpräsidenten keine Besorgniß einflößen. Aber bekanntlich liegen in den Kellern der Reichsbank ein paar hundert Millionen Mark in Silberthalern, weil vor etwa anderthalb Jahren, ziemlich gleichzeitig mit dem Beginn der neuen Wirthschaftspolitik, die Einziehung und Einschmelzung dieser Münzsorte, der Verkauf des Silbers und seine Ersetzung durch Gold suspendirt wurde, die Silberthaler jedoch konsequent von dem bereits an die Vorzüge der Goldwährung gewöhnten Verkehr ausgestoßen wurden und sich daher immer vollständiger in den öffentlichen Kassen, namentlich in denen der Reichsbank sammelten, dadurch stellt die Frage, wie weit der stattfindende Goldexport eine Bedrohung der Metalldeckung der Reichsbanknoten und unseres Münzumlaufs überhaupt enthält, sich freilich ganz anders. Wären von den 535 Millionen des Metallvorraths der Bank 500 Millionen Gold, dann würde ein Abfluß von 10 Millionen natürlich sehr viel weniger bedeuten, als wenn nur 200 Millionen Gold vorhanden sind, der Rest des Metallvorraths aber aus Silber besteht, das innerhalb Deutschlands zwar gelegentlich dem Golde für die, leider jetzt unabsehbar verlängerte Uebergangszeit der Münzreform gleich steht, vom Auslande aber keineswegs als gleichwerthig anerkannt wird. In Deutschland muß man allerdings zehn Silberthaler für dreißig Mark annehmen; das Ausland aber weist sie zurück und verlangt ein Zwanzig- und ein Zehn- oder drei Zehn-Mark-Stücke, denn die zehn Silberthaler sind auf dem Metallmarkt erheblich weniger werth. Der Bankpräsident hat also ganz Recht, wenn er durch Diskonto-Erhöhungen jeder weiteren Verminderung des Goldvorraths zu wehren sucht; aber diese Folge der Suspension der Münzreform muß leider vom gesammten Geschäftsverkehr in der Gestalt einer drückenden, durch andere Verhältnisse nicht bedingten Steigerung des Zinsfußes getragen werden, und ohne diese Suspension befände Deutschland sich im Besitz eines Münzsystems, das dieselben Voraussetzungen der Stetigkeit darböte, wie außerdem nur das englische.

Angeichts der jüngsten Diskonto-Erhöhungen und der Gefahr weiterer, lebigher oder doch vornehmlich durch die Unterbrechung der Münzreform veranlaßter Steigerungen des Zinsfußes muß man nun doch die Frage aufwerfen, wie lange ein Zwischenzustand dauern soll, der uns alle Nachteile sowohl der Gold- wie der Silber-Währung, aber die Vortheile keines der beiden Systeme zu bringen droht. Der Versuch, durch Unterbrechung der Silber-Einschmelzung, durch Vertagung des letzten Schrittes unseres Uebergangs zur Goldwährung den Preis des Silbers auf dem Weltmarkt zu heben und dadurch für den Rest unseres Münzsilbers einen besseren Erlös zu erzielen, ist völlig gescheitert. An der in dieser Beziehung konstatirten Einflußlosigkeit der Aussicht auf den Verkauf noch einiger hundert Millionen Silber hat sich die Nichtigkeit des wiederholt, namentlich von

Soetbeer erbrachten Nachweises gezeigt, daß von den drei Ursachen der in unserer Zeit eingetretenen Silber-Entwerthung, nämlich der enorm gesteigerten Produktion dieses Metalls in Amerika, der Verschiebung der englisch-ostindischen Zahlungsbilanz und der deutschen Münzreform, der letzterwähnte Faktor die geringste Wirkung geübt hat. Wir haben auch seit der Einstellung der deutschen Silber-Verkäufe keine Aussicht auf Verringerung der nun einmal unvermeidlichen Kosten unserer Münzreform erlangt; aber wenn die so entstandene Situation, in welcher wir weder Gold-, noch Silber-, noch Doppelwährung haben, uns nur einige Zeit einen beträchtlich erhöhten Zinsfuß aufnöthigt, so wird der dem gesammten Geschäftsverkehr dadurch wirklich erwachsende Schaden bald größer sein, als derjenige, vor welchem das Reich zu behüten Herr v. Dechend und Fürst Bismarck vergeblich versucht haben.

Unter diesen Umständen muß mit allem Nachdruck hervorgerufen werden, daß die ganze Verantwortlichkeit für diese Lage der Dinge die Reichsregierung, d. h. wie die Sachen stehen, den Fürsten Bismarck trifft. Herr v. Dechend ist in den Währungsfragen ein nichtverantwortlicher Rathgeber des Kanzlers, welcher letztere für diese Angelegenheiten, so viel wir wissen, auch auf Grund des Stellvertretungsgesetzes die politische Verantwortlichkeit nicht einmal formell mit irgend einem der Ressortchefs getheilt hat. Die Münzgesetze haben zwar keinen Termin für die volle Durchführung der Münzreform festgestellt, aber Niemand hat beim Erlass derselben bezweifelt, daß der Ertrag der Silber-Courant-Münzen durch Gold ohne längere Unterbrechung, wie ein in einem Zuge vorzunehmender Umwandlungs-Projekt vor sich zu gehen habe. Der Kanzler selbst hat dies indirekt anerkannt, indem er in der bekannten Währungs-Interpellations-Debatte von 1879 die Unterbrechung dieses Prozesses als einen ungewöhnlichen Entschluß darstellte, zu welchem ihn der Zweifel veranlaßt habe, ob er ohne besondere Billigung des Reichstags weiter für die durch den Silber-Verkauf für die Reichskasse entstehenden Verluste die Verantwortlichkeit tragen könne; Fürst Bismarck stellte eine, gewissermaßen die bezügliche Frage direkt an den Reichstag richtende Vorlage in Aussicht. Das beruhte auf einer staatsrechtlich sehr schwer zu rechtfertigenden Auffassung: nicht durch die Ausführung, sondern durch die Nichtausführung der bezüglichen Gesetze machte der Kanzler sich verantwortlich — so weit bei uns im Allgemeinen und dem Fürsten Bismarck gegenüber im Besonderen von ministerieller Verantwortlichkeit überhaupt die Rede sein kann. Indeß, wenn jene Vorlage wirklich erfolgt wäre, so käme auf die staatsrechtliche Besonderlichkeit des Vorgangs wenig an; thatsächlich hätten die Faktoren der Gesetzgebung sich eben über das, was geschehen soll, verständigt. Allein eine solche Vorlage ist nicht gemacht worden, und trotz dem bleiben die Münzgesetze und durchgeföhrt. Das scheint uns ein ebenso beispielloser, wie unerblicklicher Stand der Dinge zu sein; und wie kostspielig er für weite Kreise der Bevölkerung ist, beweisen die Diskonto-Erhöhungen.

[Reaktionäre Ziele.] Wir erwähnten, so schreibt die „N. L. C.“, vor einiger Zeit die Pläne des Herrn v. Fehrenbach-Rundenbach zur Reorganisation der konservativen Partei. Da der Herr politisch bisher eine ganz unbekannt große war und manche Punkte seines Programms von den konservativen Blättern zurückgewiesen wurden, hat dasselbe nicht die Verbreitung gefunden, die es im Interesse der liberalen Partei verdient. Auch war sein Promemoria gar langathmig. Nun hat der Herr dem „Reichsboten“ eine Erklärung zugeben lassen, in der neben einer eingehenden Verteidigung der ihm gemachten Vorwürfe, in einigen von dem genannten Blatte veröffentlichten Punkten das Programm der konservativen Partei, wie Herr v. Fehrenbach es wünscht, dargelegt ist. Er hat sich das unleugbare Verdienst erworben, die vollen Konsequenzen aus den Grundanschauungen der Leute zu ziehen, die sich bei uns konservativ nennen, in Wirklichkeit aber nach Kräften mittelalterliche Zustände wiederherstellen wollen. Herr v. Fehrenbach wünscht eine Annäherung aller Elemente, die 1. für Kaiser und Reich und für das verfassungsmäßige Recht der einzelnen deutschen Staaten und Fürsten in thatkräftiger Weise einstehen wollen; welche 2. die sittliche Durchdringung des gesammten Volks- und Staatslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums verlangen; die 3. die größtmögliche Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und ein freundliches Zusammenwirken derselben mit dem Staate zum Wohle des Volkes anstreben, sowie vor Allem sich verpflichtet fühlen, für eine gründliche Revision der Maigeetze als Anfang einer kirchenfreundlichen Politik zu wirken; die 4. es offen aussprechen, daß sie als den Kern der sozialen Frage den Streit zwischen Kapital und Arbeit erkennen, und deshalb nachdrücklich fordern, daß eine gerechtere Vertheilung ihres Ertrages durch Beseitigung der unerträglichen und die Massen korrumpirenden Vorrechte des großen mobilen Kapitals angestrebt wird; die 5. den Bruch mit dem Prinzip der schrankenlosen Konkur-

renz und des Gehenlassens von Seiten des Staates als eine Hauptforderung für die nothwendigen Ausgleichungen und für die künftige „Ordnung“ betrachten; die 6. gegen die verschiedenen jüdischen Ueberwucherungen sichere Schranken errichtet sehen wollen; die 7. die größtmögliche Sparsamkeit im Reichs-, Staats- und Kommunalhaushalte, insbesondere auch im Militärwesen geübt zu sehen wünschen, und sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Finanzmächten inscenirte systematische Borgwirthschaft erklären; die 8. die Nothwendigkeit anerkennen, daß eine sehr eingehende Revision der Hypothekengesetzgebung verlangt werden müsse; die 9. die Schaffung einer dem Wesen des Grundbesitzes entsprechenden Erbfolgeordnung unter Beseitigung des römischen Erbrechts mit seiner absoluten Theilbarkeit der Güter und seinem Pflichttheil angebahnt sehen wollen; die 10. für das Handwerk obligatorische Innungen mit korporativen Rechten und Pflichten verlangen; die 11. für die Arbeiter den Normalarbeitstag, je nach Innungen und Gewerkschaften eingeföhrt wissen wollen und ferner verlangen, daß obligatorische Versicherungskassen in Krankheits- und Sterbefällen, gegen Unfall, Invalidität und unverschuldete Arbeitslosigkeit errichtet werden; die 12. eine Revision der Gesetzgebung über Unterstütsungswohnsitz, sowie über Heimaths- und Verehelichungsrecht erstreben; die 13. darauf bestehen, daß die unerhört hohen Gerichtskosten beträchtlich vermindert und die Privilegien des Advokatenstandes, namentlich der Advokatenzwang, beseitigt werden; die 14. eine wahre Vertretung der Volksinteressen nur durch Aufbau eines auf Berufsstände gegründeten Repräsentativsystems erblicken. — Der erste Punkt ist allen Parteien gemeinsam, die nicht einen Umsturz der Gesellschaft oder eine Wiederherstellung welfischer resp. päpstlicher Herrlichkeit wollen. Die sittliche Durchdringung des gesammten Lebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums wünschen auch die Meisten von uns, aber nur in dem Sinne einer durch das Christenthum geläuterten Sittlichkeit, soweit die Förderung derselben in der Macht des Staates steht und nicht anderen Faktoren, vor Allem der Familie anheimfällt. Die gründliche Revision der Maigeetze bedeutet Zurückföhierung der Jesuiten, Herstellung der Herrschaft engherzig konfessioneller Kirchen über die Schule und damit den Staat, von dem die im Geiste des Herrn v. Fehrenbach geleiteten Kirchen nur insoweit abhängen wollen, als er sie auch ferner reich zu dotiren hat. Die „gerechte“ Vertheilung des Ertrages der Arbeit ist eine sozialistische Utopie, wird übrigens auch nur hinsichtlich des beweglichen Kapitals angestrebt. Den „jüdischen Ueberwucherungen“ würde am gründlichsten durch Austreibung der Juden und Konfiskation ihres Vermögens gesteuert, wie zu den Zeiten des vom „christlichen Geiste“ durchdrungenen Mittelalters. Mindestens aber müßten doch die Juden von Staats wegen zur Auswanderung direkt oder durch Unterjagung aller lukrativen Erwerbsarten gezwungen werden.

Gegen die Forderung einer sparsamen Verwaltung wird Niemand etwas einwenden, aber ohne Kredit wird der Staat schwerlich bestehen können, wenn er nicht auf alle den Verkehr fördernden Anlagen, Eisenbahnen, Kanäle u. s. w. verzichten will, von denen freilich in der guten alten Zeit des Feudalismus nicht die Rede war. Während das mobile Kapital resp. sein Ertrag möglichst gleich vertheilt werden soll, wird die Aufhebung oder doch durchgreifende Beschränkung der Theilbarkeit des Grundbesitzes befürwortet. Natürlich wäre es ja herrlich, einige Tausende von Großgrundbesitzern und ein paar Hunderttausend Bauern von einer Schaar abhängiger jüngerer Familienmitglieder, bei Letzteren etwa in der Eigenschaft als Knechte, umgeben, den Staat beherrschen zu sehen. Der Staat als allgemeine Vorsehung in rein weltlichen Dingen räumt mit dem Gehenlassen der Konkurrenz gründlich auf. Für jeden Ort wird eine bestimmte Zahl allein berechtigter Meister festgesetzt, die Bönfasen werden gerichtlich verfolgt. Ein Geselle, der Meister werden will, muß Meistersohn sein oder eine Meisterschwittwe, resp. Tochter heirathen. Jeder, der nicht das Bürger- resp. Meisterrecht zu kaufen vermag, oder für hohen Preis Mitglied einer Kaufmannsgilde wird, kann nach dem Heimathsort „abgehoben“ werden; wer heirathen will, hat der Gemeindebehörde oder Polizei ein bestimmtes Vermögen oder Einkommen nachzuweisen, ist er ländlicher Arbeiter, so kann ihm der Gutsbesitzer den Heirathskonsens versagen. Jeder Arbeiter muß einen hohen Theil seines Lohnes einer bestimmten Kasse zahlen und verliert das Anrecht an seine Einzahlungen, wenn er den Ort oder das betreffende Gewerbe verlassen will. Je nach Innungen oder Gewerkschaften wird ihm nach ihrem Interesse die Normalarbeitszeit von den Meistern bestimmt, welche natürlich jene Kassen verwalten. Geschieht dies, wie noch heute in vielen Innungen, schlecht, so helfen ihm seine herrlichen Ansprüche im Fall der Krankheit, des Alters, der Invalidität und des Todes gar wenig. Während überall sonst der Zwang eingeföhrt wird, darf hinfort Jeder als Rechtsanwalt auftreten, das Gewerbe der „Zinsanwält“ blüht mächtig auf. Meister, Großgrundbesitzer und Großkaufleute, denen man gnädigst einige Vertreter der Großbauern beigeßelt, vertreten das

